



Nachhaltigkeitsstrategie jetzt verbindlich, ambitioniert und wirkungsvoll umsetzen!

Stellungnahme des BUND zum Konsultationspapier zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018

Der BUND begrüßt, dass die Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitsstrategie kontinuierlich weiterentwickelt und auf Seite 2 des vorliegenden Konsultationspapier 2018 klar formuliert: „Nur mit einer fortgesetzten Ausrichtung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise auf eine nachhaltige Entwicklung und innerhalb der planetaren Grenzen kann dauerhaft Wohlstand geschaffen, Frieden erreicht und ein Leben in Würde für die heutigen und kommenden Generationen auf diesem Planeten gesichert werden“. Sowie: „Nachhaltige Entwicklung muss als Leitprinzip der Politik auf allen Ebenen bei Maßnahmen in sämtlichen Politikfeldern beachtet werden“.

Auf die Umsetzung kommt es nun an!

Die Bundesregierung sollte dafür nun allerdings in ihren Bemühungen, die eigene Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen, weitaus ambitionierter handeln. Wesentliche Ziele der deutschen Strategie sind weit davon entfernt erreicht zu werden (u.a. Klimaschutz, Energieeffizienz, Verkehr, Agrarpolitik, Artenschutz, Gewässerqualität). Die planetaren Grenzen sind in wichtigen Bereichen bereits überschritten; globale Krisen verschärfen sich dramatisch (Klima, biologische Vielfalt). Mit dem Peer Review 2018 weisen internationale Expertinnen und Experten auf „gravierende Zielverfehlungen“ (off-track) hin, mahnen entschiedenes Handeln an und fordern, die eigenen Ziele ehrgeiziger zu setzen. Der BUND unterstützt dies ausdrücklich.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Agenda 2030) zur Priorität ihres Regierungshandelns machen. Neben einem kohärenten Vorgehen und einer Stärkung der Kapazitäten in den Bundesministerien und im Statistischen Bundesamt halten wir verbindliche Zwischenziele und wirkungsvolle Maßnahmenpläne für erforderlich. Auch sollte sich die Nachhaltigkeitsstrategie im Bundeshaushalt widerspiegeln. Wir fordern die Bundesregierung auf, alle umweltschädlichen Subventionen zu streichen. Essenziell sind politische Schritte und Weichenstellungen wie der sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohle deutlich vor 2030 und eine Wende in der Verkehrs- und Agrarpolitik.

Strategie 2020: Weniger Ressourcenverbrauch – mehr Lebensqualität. Weltweit.

Im Hinblick auf die angekündigte grundlegende Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie 2020 halten wir zwei Punkte für zentral:

Wir brauchen eine Abkehr von einer Politik, die vorrangig auf Wirtschaftswachstum setzt. Notwendig ist vielmehr eine konsequente ökologische Politik mit deutlich weniger Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauch. In diesem Sinne schlagen wir eine Suffizienz-Strategie vor, die sich durchgängig in der Nachhaltigkeitsstrategie wiederfinden sollte. Wohlstand, Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit sind gut mit weniger Verbrauch vereinbar, wenn die Politik entsprechende Rahmenbedingungen setzt.

Wir fordern die Bundesregierung außerdem auf, die internationalen Auswirkungen deutscher Politik durchgängig stärker zu berücksichtigen und entsprechende Ziele festzulegen. Diese müssen darauf ausgerichtet sein, die weitreichenden, teils gravierenden Folgen unserer Wirtschafts- und Handelspolitik, unserer Produktion und unseres Konsums für die Bevölkerung in anderen Teilen der Welt deutlich zu mindern. Unter anderem gilt es, unseren ökologischen Fußabdruck und den Flächenverbrauch außerhalb Deutschlands mit geeigneten Indikatoren darzustellen und zu verringern, sowie das Problem der Nahrungsmittelexporte und Futtermittelimporte zu adressieren. Der globale Umweltverbrauch Deutschlands muss eine Daueraufgabe des statistischen Bundesamts und dort mit ausreichenden festen Kapazitäten hinterlegt sein.

Hinweise zu ausgewählten Indikatoren und Zielen des Konsultationspapiers

Im Folgenden beziehen wir Stellung zu ausgewählten Indikatoren. Es ist uns jedoch wichtig zu betonen: Die vorhandenen Ziele und Indikatoren sind keine entscheidende Schwachstelle der Nachhaltigkeitsstrategie. Für die wichtigsten Ziele – Klimaschutz, Biologische Vielfalt, Flächenverbrauch – liegen geeignete Indikatoren vor. Weitere Investitionen in Messung schaden nicht, haben aber aus Sicht des BUND keine Priorität. Vielmehr ist es jetzt – 15 Jahre nach der Erstauflage und nur mehr gut zehn Jahre bis zum Jahr 2030 – höchste Zeit, die Strategie endlich wirksam umzusetzen!

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Gemeinsam mit dem „Bündnis Zukunftsbildung“ und in der Kooperation mit dem Deutschen Kulturrat begrüßt der BUND, dass das Konzept einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fester Bestandteil der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist. Umwelt- und kulturelle Bildung sind eng miteinander verbunden. Die BNE ist grundlegend für den gesellschafts-politischen Wandel, sie muss daher in allen formalen, non-formalen und informellen Bildungsprozessen strukturell verankert und als Daueraufgabe verstetigt werden. Die folgenden Faktoren halten wir nun für entscheidend:

Indikator kurzfristig vorlegen: Aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs sollte der Indikator bereits 2019 vorliegen. So können die Erfahrungen auch für die Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie 2020 genutzt werden. Für sinnvoller, als sich auf einen einzelnen Indikator zu beschränken, halten wir ein modulares Vorgehen: mit einem kurzfristig zu

erstellenden pars pro toto-Indikator sowie der folgenden Entwicklung weiterer Indikatoren, die die Kernkompetenzen des Bildungskonzepts BNE abbilden.

Nationalen Aktionsplan als Leitperspektive benennen: Der Nationale Aktionsplan BNE sollte als Leitperspektive für die Nachhaltigkeitsstrategie in puncto Bildung benannt werden. Seine Ergebnisse und Maßnahmen müssen nun ambitioniert in den einzelnen Handlungsfeldern angegangen werden.

In die Zukunft investieren: Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Förderung für BNE intensiviert. Dies ist erforderlich, um die BNE flächendeckend einzuführen. Als Ziel für SDG 4 sollte in die Nachhaltigkeitsstrategie 2020 aufgenommen werden, die BNE in allen Bildungsbereichen zu verankern und eine der Zukunftsaufgabe angemessene Finanzierung bis 2030 und darüber hinaus festzuschreiben und zu sichern. Um dem Ziel des Weltaktionsprogramms „weg vom Projekt, hin zur Struktur“ gerecht zu werden, braucht es nicht nur eine Förderung im schulischen und Hochschulbereich, sondern auch eine gezielte Förderung im außerschulischen Bereich. Der Fokus beim Ausbau von Bildungslandschaften sollte auf BNE liegen.

Wirkung von Forschungsinvestitionen

Die Vorlage der Bundesregierung zur „Wirkung von Forschungsinvestitionen“ entspricht unseres Erachtens weder dem Stand der Forschung und noch dem Bedarf im Kontext der Nachhaltigkeitsstrategie. Zur Messung der Innovationsaktivität gibt es genügend (Input, Output) Indikatoren. Den Indikator „Anzahl weltmarktrelevanter Patente“ halten wir für ungeeignet; er müsste mindestens auf solche Patente beschränkt werden, die unbestritten einer sozialen und ökologischen nachhaltigen Entwicklung dienen. Dazu zählen beispielsweise nicht Patente auf Saatgut (die eine nachhaltige Entwicklung unmöglich machen).

Die Herausforderung besteht vielmehr darin, den Anteil „nachhaltiger Innovationen“ zu erfassen, also für alle (öffentlichen) F&E-Förderprogramme den Bezug zu nachhaltiger Entwicklung darzustellen (vgl. Positivbeispiel FONa). Dieser Bezug sollte in einer transparenten, kontinuierlichen Statistik nachgewiesen werden. Bei der Erfassung der gesellschaftlichen („sozialen“) Innovationen besteht noch erheblicher Bedarf, unseres Erachtens liegen bislang keine brauchbaren Indikatoren vor.

Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie muss dementsprechend darüber hinausreichen, den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Vielmehr müsste die Zielsetzung darin liegen, die Rahmenbedingungen für eine sozial-ökologische Forschung substanziell zu verbessern, interdisziplinäre und transdisziplinäre Ansätze sowie praxisorientierte Forschung zu stärken, Transparenz bezüglich der Forschungsmittelvergabe herzustellen und die Zivilgesellschaft am Agenda-Setting zu beteiligen. Die Forschungsförderung für diesen Bereich muss gestärkt werden, weg von der weitgehend einseitigen Ausrichtung des Wissenschaftssystems auf technische Innovationen (wie Batterien, autonomes Fahren, Bioökonomie etc.). Diese wird den Herausforderungen der Transformation nicht gerecht.

Bodenschutz

Die Bemühungen der Bundesregierung, einen Indikator zur Umsetzung des SDG 15.3 „Land Degradation Neutrality“ zusätzlich zum Flächenverbrauch in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen begrüßen wir grundsätzlich. Dieser Indikator „Bodenschutz“ hat das Ziel, den Zustand der nicht erneuerbaren Schlüsselressource Boden maßgeblich zu verbessern und sollte bis 2020 methodisch soweit ausformuliert sein, dass er eingesetzt werden kann.

Parallel dazu muss die Bundesregierung erarbeiten, mit welchen Maßnahmen sie dieses Ziel von „Land Degradation Neutrality“ – von „nachhaltiger Bodennutzung“ – erreichen will. Ein Bundes-Bodenschutzgesetz mit effektiven Regelungen auch für den vorsorgenden Bodenschutz und die Berücksichtigung von Bodenschutzzielen in der Landwirtschaftsförderung im Rahmen der GAP sind obligate Maßnahmen für die Bundesregierung, ohne die nachhaltige Bodennutzung unerreichbar bleibt.

Wir erwarten darüberhinausgehend, dass die Bundesregierung das Ziel der Reduktion des Flächenverbrauchs mit mehr Engagement betreibt. Änderungen von BauGB und Bau-nutzungsverordnung und der flächenfressende Bundesverkehrswegeplan in der letzten Legislaturperiode haben den Flächenverbrauch weiter angeheizt und so dem Ziel seiner Reduktion entgegengewirkt. Hier muss unbedingt eine Korrektur einsetzen, u.a. durch Abschaffung des §13b BauGB und durch eine neue Verkehrspolitik.

Ökologischer Landbau

Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung das Ziel in die Strategie aufnimmt, den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Fläche auf 20 Prozent bis 2030 zu erhöhen. Die Regierung muss nun ihre Anstrengungen deutlich verstärken und einen klaren Ausbauplan erstellen, um das für die nachhaltige Landwirtschaft und die Bewahrung der Biodiversität wichtige Ziel zu erreichen.

26. Juni 2018

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle
Christine Wenzl
Leiterin Nachhaltigkeit
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: (0 30) 2 75 86-462
Mail: christine.wenzl@bund.net
www.bund.net